

Philipp Beyer

Ausstellungsrecht und Ausstellungsvergütung



Nomos Verlagsgesellschaft
Baden-Baden 2000

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	11
Einleitung und Problemstellung	13
1. Teil: Begriffsbestimmungen und rechtstatsächlicher Hintergrund des Ausstellungsrechts	17
A. Definition des Begriffs Ausstellung	17
B. Definition des Begriffs Ausstellungsrecht	18
C. Definition und Abgrenzung der Begriffe Ausstellungsvergütung und Ausstellungshonorar	19
D. Das Ausstellungshonorar als Erscheinungsform außerhalb des Urheberrechts	20
I. Die Aktivitäten der Verbände und Kunstvermittler	20
II. Vertragliche Vereinbarungen durch Formverträge und AGB	21
E. Die Beziehung zwischen bildenden Künstlern, kunstvermittelnden Institutionen und Rezipienten	23
I. Die bildenden Künstler	25
II. Die kunstvermittelnden Institutionen	27
1. Das Museum	28
a. Entwicklung	28
b. Bedeutung	29
2. Die Kunsthalle	30
3. Der Kunstverein	31
a. Entwicklung	31
b. Bedeutung	32
4. Der Kunsthandel	33
a. Entwicklung	33
b. Bedeutung	34
aa. Die Galerie	34

bb. Das Auktionshaus	36
cc. Die Kunstmesse	36
5. Sonstige Werkvermittler	37
III. Die Rezipienten	37
IV. Zwischenergebnis	39
 2. Teil:	
Das Ausstellungsrecht de lege lata	41
 A. Die Entwicklung von § 18 UrhG	41
B. Der rechtliche Gehalt von § 18 UrhG	43
I. Die Grundgedanken des Urheberrechts	43
1. Die ideelle Seite des Urheberschutzes	44
2. Die materielle Seite des Urheberschutzes	45
3. Die Einheit des Urheberrechts	46
II. Die dogmatische Einordnung von § 18 UrhG in die Systematik des Urheberrechtsgesetzes	46
1. Die Einordnung des § 18 UrhG als Verwertungsrecht	47
2. Die Einordnung des § 18 UrhG als Persönlichkeitsrecht	49
III. Das Verhältnis von § 18 UrhG zu § 17 UrhG	51
IV. Die Begrenzung von § 18 UrhG durch § 44 Abs. 2 UrhG	53
V. Die Begrenzung von § 18 UrhG durch § 25 UrhG	54
VI. Zwischenergebnis	57
 3. Teil:	
Regelungsdefizite des geltenden und Regelungsaufgaben eines künftigen Ausstellungsrechts	59
 A. Die Berücksichtigung des Ausstellungswesens als Wirtschafts- faktor in einem gewandelten Kulturbetrieb	59
I. Der allgemeine Kulturbetrieb als Wirtschaftsfaktor	59
II. Der Ausstellungsbetrieb als Wirtschaftsfaktor	62
1. Das Museum	62
2. Die Kunsthalle	66
3. Der Kunstverein	68
4. Der Kunsthandel	70
III. Zwischenergebnis	74
 B. Die Einbeziehung der wirtschaftlichen Situation bildender Künstler	75

I. Die Einkommenssituation bildender Künstler	76
II. Die Zulässigkeit der Forderung nach einer Verbesserung der sozialen Lage bildender Künstler durch das Urheberrecht	78
III. Zwischenergebnis	82
C. Die Berücksichtigung des Grundsatzes einer möglichst weitgehenden Beteiligung des Urhebers an den wirtschaftlichen Erträgen seines Werkes	82
I. Die Rechtsprechung der Zivilgerichte	83
II. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	84
III. Die Bedeutung der Rechtsprechung für das geltende Ausstellungsrecht	86
1. Die Nichterfüllung der Anforderungen an eine wirksame Beschränkung des Ausstellungsrechts	86
a. Die überwiegende Würdigung der Belange des Kunsthandels	87
b. Die Verkenntung der wirtschaftlichen Bedeutung der Ausstellung	89
2. Das Erfordernis der Schaffung eines Vergütungsanspruchs	89
3. Die unzulässige Versagung eines Vergütungsanspruchs	90
IV. Zwischenergebnis	93
D. Die Herausforderung neuer technischer Präsentationsformen bildender Kunst	93
I. Der Einfluß der digitalen Technologie auf das Urheberrecht	94
II. Die Bedeutung der Digitalisierung für die bildende Kunst	95
III. Ansätze zu einer urheberrechtlichen Einordnung der neuen Präsentationsformen digitalisierter bildender Kunst	96
IV. Die Bedeutung neuer Präsentationsformen bildender Kunst für das geltende Ausstellungsrecht	98
V. Zwischenergebnis	100
4. Teil:	
Das Ausstellungsrecht de lege ferenda	103
A. Die urheberrechtlichen Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Beteiligung des bildenden Künstlers an der Verwertung seiner Werke im Wege der Ausstellung	103
I. Die Erweiterung von § 18 UrhG auf veröffentlichte Werke	104
1. Die Gefahr einer Behinderung des freien Ausstellungsbetriebes	105

2.	Möglichkeiten des Schutzes eines freien Ausstellungsbetriebes	105
a.	Die Bindung von § 18 UrhG an eine Verwertungsgesellschaft	106
b.	Die Beschränkung des Ausstellungsrechts im Abschnitt über die Schranken des Urheberrechts	107
3.	Das erweiterte Ausstellungsrecht im Rechtsverkehr	108
a.	Der Verzicht auf eine Anpassung von § 44 Abs. 2 UrhG	108
b.	Der mangelnde Schutz des Ausstellungsrechts im Rechtsverkehr	109
II.	Die Ausstellung als vergütungspflichtige Nutzung	112
1.	Die Systematische Einordnung der Ausstellungsvergütung	112
a.	Die Ausstellungsvergütung als Bestandteil des Verwertungsrechts	113
b.	Die Ausstellungsvergütung als Bestandteil der Vorschriften über die sonstigen Rechte des Urhebers	113
c.	Die Ausstellungsvergütung als Bestandteil der Vorschriften über die Schranken des Urheberrechts	115
2.	Der Regelungsinhalt der Ausstellungsvergütung	116
a.	Die Beschränkung von § 18 UrhG	116
b.	Der Vergütungsanspruch als Rechtsfolge der Beschränkung von § 18 UrhG	117
aa.	Die Verwertungsgesellschaftenpflichtigkeit des Vergütungsanspruchs	117
bb.	Der Schutz des Vergütungsanspruchs im Rechtsverkehr	119
3.	Die verbleibende Bedeutung von § 18 und § 44 Abs. 2 UrhG	121
III.	Der Herausgabeanspruch des bildenden Künstlers zum Zwecke der Ausstellung	121
IV.	Zwischenergebnis	123
B.	Die konkrete gesetzliche Ausgestaltung des erweiterten Ausstellungsrechts unter Berücksichtigung bereits vorhandener Lösungsvorschläge	125
I.	Der Gesetzesvorschlag der IG Medien von 1993	125
1.	Der Wortlaut des Gesetzesvorschlages der IG Medien	125
a.	Die Erweiterung von § 18 UrhG	125
b.	Die Anpassung von § 44 Abs. 2 UrhG	126
c.	Die Schaffung eines § 27a UrhG	126
2.	Stellungnahme zum Gesetzesvorschlag der IG Medien	127

a.	Dogmatische Stellungnahme	127
b.	Inhaltliche Stellungnahme	129
II.	Das Diskussionspapier des Kulturforums der Sozialdemokratie von 1995	133
1.	Der Wortlaut des Gesetzesvorschlages des Kulturforums	134
a.	Der Verzicht auf eine Erweiterung von § 18 UrhG	134
b.	Die Ergänzung von § 44 Abs. 2 UrhG	134
c.	Die Schaffung eines § 27 a UrhG	134
2.	Stellungnahme zum Gesetzesvorschlag des Kulturforums	135
a.	Dogmatische Stellungnahme	135
b.	Inhaltliche Stellungnahme	136
III.	Die Formulierung eines eigenen Gesetzesvorschlages	139
1.	Die Erweiterung von § 18 UrhG	139
2.	Die Schaffung eines § 60 a UrhG	140
3.	Die Beibehaltung von § 44 Abs. 2 UrhG	142
4.	Die Schaffung eines § 25 Abs. 3 UrhG	142
IV.	Zwischenergebnis	143
C.	Die Berücksichtigung des europäischen Urheberrechts bei der Schaffung eines nationalen Urheberrechts	145
5. Teil:		
Zusammenfassung und Ergebnis		149
Literaturverzeichnis		153